



Lagebericht
der
Sparkasse Geseke
zum
31.12.2014

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse Geseke ist gemäß § 1 Sparkassengesetz (SpkG) eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Paderborn unter der Nummer A 3776 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse Geseke ist die Stadt Geseke. Geschäftsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers und die Amtsgerichtsbezirke Lippstadt, Delbrück und Paderborn. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem stellt sicher, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses zeitnah kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2014

Die Weltwirtschaft hat nach dem verlangsamten Wachstum im Sommerhalbjahr zum Jahresende 2014 wieder etwas mehr Fahrt aufgenommen. Hierauf deuten die Daten zur Weltindustrieproduktion hin. Der zuvor schwache Welthandel hat sich bereits seit Mitte 2014 spürbar belebt. Die Impulse kommen vor allem aus den Industriestaaten. Zur schwächeren Entwicklung im Sommerhalbjahr hatten insbesondere die Volkswirtschaften Japans und der Eurozone beigetragen, die sich zum Jahresende hin wieder etwas belebten. Die Schwellenländer insgesamt, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich behielten demgegenüber ihr Wachstumstempo bei. Russland ist unter den Schwellenländern aufgrund des Konflikts mit der Ukraine ein Sonderfall. Die in diesem Zusammenhang erhobenen Wirtschaftssanktionen haben das wirtschaftliche Umfeld verschlechtert. Die russische Volkswirtschaft muss einen Abzug ausländischen Kapitals und steigende Inflationsraten verkraften.

Die Erholung im Euroraum ist einen Schritt vorangekommen. Im vierten Quartal 2014 nahm das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 % zu. Insgesamt wurde im Jahr 2014 eine Jahreswachstumsrate von 0,9 % erreicht. Die Konjunktur verläuft in den einzelnen Ländern weiterhin sehr unterschiedlich. Verhältnismäßig kräftige Impulse kamen zum Jahresende unter anderem aus Deutschland, Spanien, den Niederlanden und Portugal. Italien und Frankreich stagnierten dagegen weitgehend. Die finnische, griechische und zyprische Wirtschaft schrumpften leicht. Insgesamt bleibt die konjunkturelle Erholung im Euroraum verhalten. Die Industrieproduktion stagnierte im Dezember, hat aber ihren Tiefpunkt hinter sich gelassen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verringerte sich im Dezember auf 11,4 %. Außerdem dämpften die stark gesunkenen Renditen auf Staatsanleihen die Zinslasten.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt notierte um 1,6 % höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. Die konjunkturelle Lage hat sich nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der folgenden Schwächephase im vergangenen Sommer zum Jahresende 2014 stabilisiert. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die privaten Konsumausgaben stiegen dabei preisbereinigt um 1,1 %, die des Staates um 1,0 %. Auf der Entstehungsseite konnten fast alle Wirtschaftsbereiche zur Belebung der deutschen Wirtschaft beitragen. Insbesondere im Baugewerbe kam es, unter anderem begünstigt durch die extrem milde Witterung in den Wintermonaten, im Jahr 2014 zu einem kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung von 2,7 %.

Der Staatssektor beendete das Jahr mit dem zweithöchsten Finanzierungsüberschuss seit der deutschen Vereinigung. Dabei erzielten Bund, Gemeinden und Sozialversicherungen jeweils Überschüsse, lediglich die Länder wiesen noch ein geringes Defizit auf.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2014 mit 42,7 Millionen das achte Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag bei 6,7 % (Vorjahr 6,9 %).

Der Anstieg der Inflationsrate verringerte sich im Jahresverlauf merklich. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr hat sich für das Gesamtjahr 2014 bei 0,9 % nach 1,5 % im Vorjahr eingependelt. Ausschlaggebend waren die rückläufigen Preise für Mineralölprodukte/Energie.

Nachdem sich die Konjunktur in der heimischen Wirtschaft zu Jahresbeginn positiv entwickelt hatte, trübte sich das Klima im Herbst 2014 ein. Die Ergebnisse der Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer Arnsberg Hellweg-Sauerland zeigten Vorboten einer Abkühlung bei aktuell noch guter Lage. So ist der aus Geschäftslage und Zukunftserwartungen gebildete Klimaindikator um 27 Punkte gegenüber dem Frühsommer 2014 auf 106 Punkte gefallen und liegt damit unter dem für Westfalen-Lippe ermittelten Wert von 116,8 Punkten. Insgesamt etwas optimistischer wurden die Aussichten im Kreis Soest eingeschätzt.

Zinsentwicklung

Mit dem Ziel, die Inflationsrate im Euro-Raum wieder in Richtung des Zielwerts von knapp 2,0 % zu heben, hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Verlauf dieses Jahres eine Reihe expansiver Maßnahmen beschlossen: Der Hauptrefinanzierungssatz und der Einlagensatz wurden um jeweils 20 Basispunkte auf 0,05 % bzw. -0,20 % verringert. Der Spitzenrefinanzierungssatz wurde um 45 Basispunkte auf 0,30 % gesenkt. Der negative Einlagensatz bewirkt, dass Geschäftsbanken nun erstmals für die Haltung von Zentralbankguthaben, die über die Mindestreservepflicht hinausgehen, Zinsen bezahlen. Darüber hinaus kündigte die EZB weitere Maßnahmen an. Hierzu zählen Programme zum Ankauf von Pfandbriefen und Kreditverbriefungen (Asset Backed Securities, ABS). All dies soll die Kreditvergabe der Geschäftsbanken und damit die Konjunktur im Euro-Raum ankurbeln.

Die expansiven geldpolitischen Maßnahmen haben zu Entspannungen an den Geld- und Kapitalmärkten geführt. Die Geldmarktzinsen und die Zinsen für Staatsanleihen sanken. Gleichzeitig engten sich die Zinsdifferenzen zwischen Staatsanleihen höchster Bonität und niedrigster Bonität ein. Auch an den Kreditmärkten kam es zu günstigeren Finanzierungsbedingungen. Die Zinsen für Neukredite im Euro-Raum sind zuletzt gesunken.

Insgesamt betrachtet bleibt das Zinsniveau auf einem historisch niedrigen Niveau.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2014

Basel III

Das Europäische Parlament hatte am 17. April 2013 zur Stärkung des Bankensektors und zur Vorbeugung von Finanzkrisen den kombinierten Verordnungs- und Richtlinienvorschlag CRR / CRD IV angenommen. Damit wurde das Regelwerk Basel III in europäisches Recht umgesetzt und ist ab dem 1. Januar 2014 in Kraft getreten. Ein wesentliches Element des Basel III-Akkords ist die Steigerung der Qualität und Quantität des aufsichtsrechtlichen Kapitals. Zusätzlich werden Kapitalpuffer, weitere Kennzahlen zur Verschuldung (Leverage Ratio) und zur Liquiditätssituation (LCR, NSFR) schrittweise in den nächsten Jahren eingeführt. Weiterer Regelungsbedarf ergab sich durch die Umsetzung der Corporate Governance-Aspekte aus dem CRD IV Umsetzungsgesetz. Die Sparkasse Geseke hat die bereits geltenden Anforderungen fristgerecht umgesetzt und wird auch die Umsetzung der noch offenen Anforderungen rechtzeitig durchführen.

EU-Einlagensicherungsrichtlinie

Mit der Einlagensicherungsrichtlinie (DGSD) rundet die Europäische Union die Regelungen zur Bankenunion ab. Einleger werden demnach bei Insolvenz eines Kreditinstituts in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union künftig nach einheitlichen Maßstäben entschädigt. Die Beiträge sollen nach den Vorgaben der DGSD zum einen auf der Höhe der gedeckten Einlagen beruhen. Zum anderen sollen sie aber auch dem individuellen Risiko eines Mitgliedsinstituts Rechnung tragen. Damit sind bereits ab dem Jahr 2015 statt der heutigen Zahlungen in die Sicherungseinrichtungen des Haftungsverbands der Sparkassenfinanzgruppe künftig Beiträge nach den Regelungen der DGSD zu leisten.

Neuordnung der Europäischen Bankenaufsicht

Im Jahr 2014 wurde die Bankenaufsicht für systemrelevante Institute (Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. EUR oder einer Wirtschaftskraft von mehr als 20 % des jeweiligen Staates) von der nationalen Behörde Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf die EZB übertragen.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs im Berichtsjahr

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2014 um 1,9 Mio. EUR bzw. 0,7 % auf 269,0 Mio. EUR. Das geplante Bilanzsummenwachstum von 2,0 % konnte damit nicht erreicht werden. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen stieg auf 425,7 Mio. EUR nach 413,1 Mio. EUR im Vorjahr.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 3,6 % auf geplantem Niveau. Die Darlehenszusagen beliefen sich im Jahr 2014 auf 32,7 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus verringerten sich im Gesamtjahr um 13,9 % auf 18,0 Mio. EUR. Der jahresdurchschnittliche Strukturanteil der Kundenforderungen an der Durchschnittsbilanzsumme stieg auf 64,9 % (Vorjahr 62,9 %).

Die Forderungen gegenüber Privatpersonen erhöhten sich aufgrund der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen um 2,9 Mio. EUR. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte wies einen Rückgang von 16,7 % auf 19,9 Mio. EUR aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge der gestiegenen Investitionsbereitschaft um 1,2 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige erhöhten sich um 28,1 % auf 12,3 Mio. EUR. Die weiterhin starke Nachfrage nach staatlich geförderten Kreditmitteln in Form von Weiterleitungsdarlehen führte in diesem Bereich zu einem Anstieg von 1,3 Mio. EUR.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verringerte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 3,6 Mio. EUR auf 80,0 Mio. EUR. Während der Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere aufgrund von Fälligkeiten um 5,4 Mio. EUR auf 67,9 Mio. EUR abgebaut wurde, stieg der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren durch die Wiederanlage von laufenden Ausschüttungen und Neuinvestitionen um 1,8 Mio. EUR auf 12,1 Mio. EUR.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2014 von 3,9 Mio. EUR entfiel fast ausschließlich auf die Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mio. EUR resultierte im Wesentlichen aus einer Stammkapitalerhöhung der Verbandsbeteiligung sowie der geänderten Bilanzierung der Haftungszusage für die Fremdfinanzierung des Beteiligungserwerbs an der LBBH und aus einer Abschreibung auf die Beteiligung am SVWL.

3.5. Einlagengeschäft

Die Sparkasse hatte für 2014 ein Wachstum im Einlagengeschäft von 2,0 % erwartet. Dieses Ziel konnte mit einer Erhöhung von 1,2 % oder 2,3 Mio. EUR nicht erreicht werden. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase bevorzugten unsere Kunden weiterhin flexible und schnell verfügbare Anlageformen. Dementsprechend erhöhte sich der Bestand der Sichteinlagen um 4,8 Mio. EUR. Durch die Ausgabe eines Sondersparkassenbriefes zum 160-jährigen Bestehen der Sparkasse, der zu einem Zuwachs der Sparkassenbriefe von 2,1 Mio. EUR führte, konnte der Rückgang der Sparmittel insgesamt auf 0,9 Mio. EUR begrenzt werden. Zum Bilanzstichtag verfügte die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand von 188,6 Mio. EUR.

Die Sparkasse hat auch im vergangenen Jahr im Rahmen einer zielgerichteten Geschäftspolitik durch eine attraktive Konditionengestaltung das Ziel verfolgt, an Direktbanken verlorene Marktanteile zurückzugewinnen bzw. weitere Mittelabflüsse zu verhindern.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 0,8 Mio. EUR oder 13,3 % auf 5,0 Mio. EUR. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen eine fällige Termingeldanlage in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und Schuldscheindarlehen zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 0,8 Mio. EUR auf 50,5 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich fast ausschließlich um Sparkassenbriefe und langfristige Weiterleitungsdarlehen.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Dienstleistungsgeschäft der Sparkasse verlief im Geschäftsjahr 2014 insgesamt erfreulich. Positiv entwickelten sich die Erträge insbesondere im Bereich der Vermittlung von Lebensversicherungen und Bausparverträgen. Das Ergebnis im Dienstleistungsgeschäft liegt insgesamt über dem Niveau des Jahres 2013 und konnte somit die an 2014 gestellten Erwartungen überwiegend erfüllen.

Der Absatzschwerpunkt im Wertpapiergeschäft lag im Jahr 2014 im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere und der Investmentanteile. Aufgrund der sicherheitsorientierten Anlegermentalität der Kunden und der damit einhergehenden Bevorzugung bilanzwirksamer Einlagen konnten die von uns erwarteten Zuwächse im Wertpapiergeschäft nicht erreicht werden.

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 308 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 7,1 Mio. EUR abgeschlossen. Mit diesem Vertriebsergebnis liegen wir über dem Niveau von 2013.

Die Anzahl der vermittelten Lebensversicherungen konnte auf 147 gesteigert werden, die Beitragssumme erhöhte sich von 1,6 Mio. EUR auf 2,9 Mio. EUR. Mit der Vermittlung von 190 Kompositversicherungen im Berichtsjahr ist die Sparkasse nur bedingt zufrieden. Gegenüber dem Jahr 2013 (227 vermittelte Verträge) ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Insgesamt stiegen die Provisionserträge im Versicherungsgeschäft im Jahr 2014 um 33,7 %.

Die Anzahl der Immobilienvermittlungen blieb mit 12 vermittelten Objekten auf Vorjahresniveau. Die courtagepflichtige Vermittlungssumme stieg jedoch um 0,3 Mio. EUR auf 1,6 Mio. EUR.

3.8. Investitionen

Baumaßnahmen sowie größere Investitionen wurden im Jahr 2014 nicht durchgeführt.

3.9. Personalbericht

Am 31.12.2014 beschäftigte die Sparkasse 80 Mitarbeiter (31.12.2013: 80 Mitarbeiter), davon 27 Teilzeitkräfte und 10 Auszubildende. Im Jahresdurchschnitt hat sich die Zahl der bankspezifisch Beschäftigten (Teilzeitkräfte werden auf Vollzeit umgerechnet) von 49 auf 52 leicht erhöht.

Um unseren Kunden ein attraktives und umfassendes Dienstleistungsangebot unterbreiten zu können und um eine gute Beratungsqualität zu gewährleisten, nahm auch im vergangenen Jahr die gezielte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter einen hohen Stellenwert ein. So wurden 82 TEUR (Vorjahr 84 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Angebote der regionalen Sparkassenakademie sowie das sparkasseneigene Weiterbildungsprogramm genutzt. Drei Auszubildende begannen am 01.08.2014 ihre Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse Geseke. Nach bestandener Abschlussprüfung wurden zwei Auszubildende in ein Angestelltenverhältnis übernommen.

4. Darstellung , Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2013. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2014 ein Eigenkapital von 15,0 Mio. EUR (Vorjahr 14,7 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 0,4 Mio. EUR auf 8,9 Mio. EUR erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Gesamtsumme aus den Anrechnungsbeträgen für Adressenausfall-, operationelle und Marktrisiken, übertrifft am 31.12.2014 mit 14,33 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR und den von der Sparkasse intern als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 9,2 % deutlich. Die Sparkasse weist damit eine ausreichende Kapitalbasis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der BaFin wurde stets eingehalten. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2014: 3,97) lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,5. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe geführt. Die eingeräumte Kredit- und Dispositionslinie bei der Helaba wurde teilweise in Anspruch genommen.

4.3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis betrug das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,89 % der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2014 (Vorjahr 0,97 %). Es lag damit unter dem Planwert von 0,95 % sowie unter dem Durchschnitt der Sparkassen in Westfalen-Lippe von 1,12 %. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2014 haben sich diese wie folgt entwickelt: Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 6,22 % unter dem Vorjahreswert von 10,49 %. Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen hat sich von 66,6 % auf 69,5 % verschlechtert. Das Unternehmensziel für 2014 von maximal 70 % konnte damit aber noch eingehalten werden. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2014 0,1 %.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Dabei ist zu beachten, dass die Erträge und Aufwendungen nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt sind.

	2014	2013	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	6.403	6.452	-49	-0,8
Provisionsüberschuss	1.594	1.494	100	6,7
Sonstige betriebliche Erträge	76	58	18	31,0
Personalaufwand	3.741	3.212	529	16,5
Anderer Verwaltungsaufwand	1.855	1.737	118	6,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	472	456	16	3,5
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	2.005	2.599	-594	-22,8
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	-699	+4.629	-5.328	---
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	400	6.000	-5.600	-93,3
Ergebnis vor Steuern	906	1.228	-322	-26,2
Steueraufwand	567	869	-302	-34,8
Jahresüberschuss	339	359	-20	-5,6

Zinsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge:	GuV-Posten Nr. 8 und 20
Sonstige betriebliche Aufwendungen:	GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:	GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Der Zinsüberschuss verringerte sich um 0,8 % auf 6,4 Mio. EUR. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen das weiterhin niedrige Zinsniveau einhergehend mit einem kurzfristigen Anlagehorizont der Kundschaft in flexiblen und schnell verfügbaren Anlageformen.

Der Provisionsüberschuss konnte insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Versicherungs- und Bauspargeschäft um 6,7 % gesteigert werden. Damit liegt das Ergebnis mit 0,59 % der Durchschnittsbilanzsumme leicht über dem Prognosewert von 0,58 %.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich bedingt durch die Tarifierhöhung 2014, Vertragsänderungen einzelner Mitarbeiter und die Belastungen aus den laufenden Pensionen um 16,5 % auf 3,7 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 6,8 %. Die gesamten Verwaltungsaufwendungen betragen 2,0 % der Durchschnittsbilanzsumme und liegen knapp über unseren Erwartungen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) wiesen einen negativen Saldo in Höhe von 0,7 Mio. EUR (Vorjahr 4,6 Mio. EUR Ertrag) aus. Die Abweichung zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Umwidmung der Vorsorgereserven gem. § 340f HGB im Jahr 2013. Der Jahresüberschuss lag mit 0,3 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse Geseke mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2014 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung als günstig beurteilt.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikostrategie und der untergeordneten Teilrisikostrategie die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse wurde die separate Teilrisikostrategie aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitiges Ergreifen von Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wurde im Jahr 2013 das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

Die Vorgaben von Basel III (u. a. Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung, die Liquiditätssteuerung und das Meldewesen) wurden zum 01.01.2014 fristgerecht umgesetzt.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand der Sparkasse ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff "Risiko" wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse Geseke hat die Risikocontrolling-Funktion dem Abteilungsleiter Unternehmenssteuerung/Vertriebsmanagement übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt. Sie hat in der Sparkasse Geseke insbesondere folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstands in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken
- Durchführung der Risikoinventur und Erstellung des Gesamtrisikoprofils
- Unterstützung des Vorstands bei der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse
- Einrichtung und Weiterentwicklung eines Systems von Risikokennzahlen und eines Risikofrüherkennungsverfahrens
- Laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits
- Regelmäßige Erstellung der Risikoberichte für die Geschäftsleitung
- Überwachung und Weiterentwicklung der Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen an die Geschäftsleitung, an das Risikocontrolling, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls die Interne Revision

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

Wechselt die Leitung der Risikocontrolling-Funktion, wird der Verwaltungsrat informiert.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand festgelegter Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog.

Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in der handelsrechtlichen Sichtweise danach, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit aus dem handelsrechtlichen Ergebnis und den vorhandenen Reserven der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Risikogesamtberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Risikogesamtbericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die

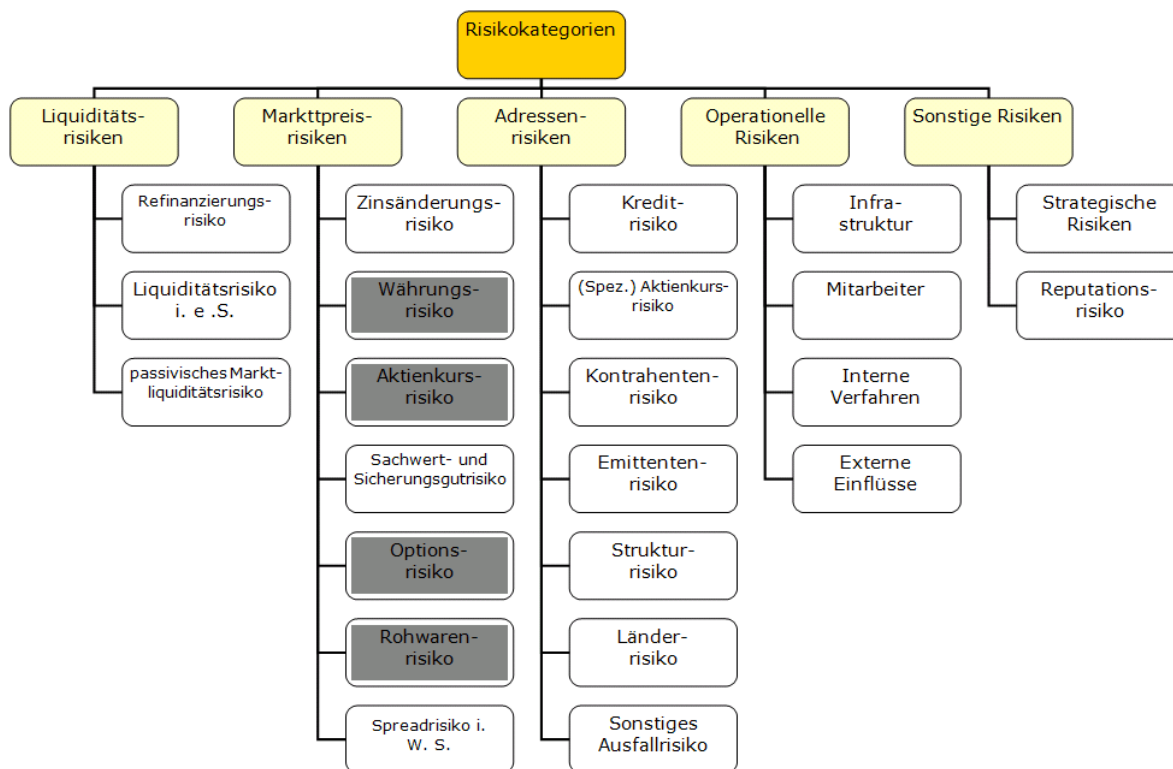
Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse analysiert, transparent und steuerbar gemacht werden. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die dargestellten Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (täglich, wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfanglich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse Geseke beschriebenen Risikokategorien:



Auf Basis der Risikoinventur wurden in der Risikostrategie die sonstigen Risiken als nicht wesentliche Risiken kategorisiert. Die verbleibenden Risikokategorien wurden als wesentlich eingestuft. Die Risikoinventur hat ergeben, dass die dunkel unterlegten Risiken für die Sparkasse keine Relevanz besitzen. Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Kreditrisikostrategie beschrieben.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Teilrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kreditgeschäft der Sparkasse Geseke	Buchwerte*	
	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Kontokorrentkredite	8,4	10,8
Darunter:		
auf Geschäftsgirokonten	4,0	4,1
auf Privatgirokonten	1,3	1,3
Darlehen aus eigenen Mitteln	151,1	147,1
Darunter:		
an Geschäftskunden	49,6	48,4
an Privatkunden	99,5	96,6
Weiterleitungsdarlehen	17,2	15,9
Avalkredite	2,4	1,8
Sonstige Forderungen	3,1	0,2
Gesamt	182,2	175,8

*vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2014 nicht überschritten.

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Offenlegungstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen:

	Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere
	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	237.190	80.151
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten		
Deutschland	236.161	29.654
EU	1.011	47.868
Sonstige	18	2.629
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen		
Banken / Investmentfonds	5.889	28.474
Privatpersonen	130.990	---
Öffentliche Haushalte	20.756	8.847
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	75.487	42.830
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	4.652	---
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	4.312	1.030
- Verarbeitendes Gewerbe	11.098	3.460
- Baugewerbe	9.058	---
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	10.567	---
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	2.705	---
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6.446	31.709
- Grundstücks- und Wohnungswesen	9.067	---
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	16.780	6.631
- Organisationen ohne Erwerbszweck	802	---
- Sonstiges	---	---
Sonstige	4.068	---
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten		
< 1 Jahr	63.719	17.160
1 Jahr bis 5 Jahre	25.424	21.371
> 5 Jahre bis unbefristet	148.047	41.620

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 50,3 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 0,5 Mio. EUR, 49,7 % betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 0,5 Mio. EUR.

Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere, das einem Länderrisiko unterliegt, welches sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, betrug am 31.12.2014 16,2 % des Gesamtkreditvolumens der Forderungen.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGVO validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Zum 31.12.2014 weisen 62,8 % des gerateten Gesamtkreditvolumens ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf, 21,2 % haben eine Ratingnote zwischen BB+ und BB-, 13,2 % eine Ratingnote zwischen B+ und C und 2,8 % die Note D.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden auf Objekte im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben.

Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio nach Branchen und Größenklassen gut diversifiziert. Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft entwickelten sich in 2014 nahezu konstant. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft hat sich in 2014 verschlechtert und ist mit -0,2 Mio. EUR negativ.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2014 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2014	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	2.439	367	198	520	2.088
Rückstellungen	5	4	5	---	4
PWB	493	52	5	---	540
Gesamt	2.937	423	208	520	2.632

Nach Art. 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall eines Kreditnehmers vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist.

Bereits vor dieser Frist kann der Ausfall des Kreditnehmers vorliegen, wenn es nach Einschätzung der Sparkasse unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtung vollständig erfüllen kann, ohne dass die Sparkasse auf Kreditsicherheiten zurückgreifen muss.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem originären Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes. Zur Steuerung von Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen hat der Vorstand Regelungen zum Beteiligungsmanagement festgelegt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL. Zum 31.12.2014 erfolgte infolge zurückgegangener Unternehmenswerte einzelner Beteiligungen des SVWL eine weitere Abschreibung. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio "Erste Abwicklungsanstalt" (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) haben wir aufgrund von Wertminderungen bereits in den Vorjahren vollständig abgeschrieben.

Weitere nennenswerte Beteiligungen werden von der Sparkasse nicht gehalten.

Die Beteiligungen der Sparkasse umfassen mit einem Buchwert bzw. beizulegenden Zeitwert (fair value) von 3,9 Mio. EUR strategische, nicht börsengehandelte Beteiligungen.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder dem Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten-, Kontrahenten- und Volumenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (67,9 Mio. EUR) sowie Investmentfonds (12,1 Mio. EUR). Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen i. d. R. ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich um sieben Rentenfonds der Deka und einen Fonds der Landesbank Berlin. Der Geschäftsumfang wird durch die vom Vorstand vorgegebene Teilrisikostrategie und durch Rahmegrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf die in der Tabelle auf Seite 11 dargestellten geographischen Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von S&P und Moody's zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating verfügen, greifen definierte Regeln, um das Adressenausfallrisiko abzubilden.

Zur Begrenzung von Risikokonzentrationen im Depot A einschließlich der Schuldscheindarlehen wurden Einzel- und Branchenlimite festgelegt, die im Berichtsjahr eingehalten wurden.

Die von der Sparkasse direkt angelegten verzinslichen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poor's	auf Basis Buchwerte	
			31.12.2014 in %	31.12.2013 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	0,0	1,2
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	10,4	11,8
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	30,1	27,2
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	41,2	42,6
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	2,9	4,6
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0,0	0,0
ohne Rating			15,4	12,6
			100,0	100,0

Länderrisiko	Länderrating		auf Basis Buchwerte	
	Moody's	Standard & Poor's	31.12.2014 in %	31.12.2013 in %
inländische Emittenten			37,1	41,1
ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	12,3	36,6
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	33,3	5,6
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	3,2	3,1
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	12,8	4,9
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	1,3	8,7
			100,0	100,0

Zum Stichtag 31.12.2014 hatte die Sparkasse keine Staatsanleihen der PIIGS-Staaten im Bestand. Auch von griechischen Unternehmen und Kreditinstituten emittierte Anleihen befanden sich zum Stichtag nicht im Bestand der Wertpapiereigenanlagen der Sparkasse. Der Anteil von Unternehmens- und Bankanleihen aus den übrigen PIIGS-Staaten beträgt 11,5 % des Gesamtbestandes.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse gesonderte Regelungen festgelegt, die mindestens jährlich überprüft werden.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2013 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder	0,0	1,0
2) Schuldverschreibungen und Anleihen	67,9	73,3
3) Sonstige Investmentfonds	12,1	10,3
	80,0	84,6

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Durch die Vorgabe verschiedener Parameter ist es auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte möglich, realistische Kurse zu ermitteln. Der Risikoermittlung liegt eine historische Simulation zugrunde, die es erlaubt, den Wert des Portfolios mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten zu berechnen. Im Normalfall werden die Risiken mit einer 99 % igen Eintrittswahrscheinlichkeit berechnet. Die historische Simulation stützt sich jeweils auf die vergangenen 250 Handelstage. Es wird eine 63-tägige Halte-dauer unterstellt. Darüber hinaus wird der Wert des Portfolios unter Zugrundelegung unterschiedlicher Annahmen über die künftige Zinsentwicklung simuliert, wobei eines der Szenarien einen um 100 Bp (Basispunkte) Ad-hoc-Zinsanstieg darstellt. Diese quartalsweise durchgeführten Simulationen zeigen mögliche Auswirkungen auf das Jahresergebnis der Sparkasse, so dass ggf. Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird in der Abteilung Unternehmenssteuerung/Vertriebsmanagement mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse unterrichtet. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. Die quartalsweise Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf periodenorientierter Basis unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt und ist durch das bereitgestellte Risikodeckungspotenzial abgedeckt. Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2014 immer innerhalb der vorgegebenen Limite.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2014 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte errechnet. Da die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln 21,62 % betrug und damit oberhalb der Meldeschwelle von 20 % lag, haben wir dies der BaFin und der Deutschen Bundesbank am 28.01.2015 angezeigt. Das Prüfkriterium der BaFin wurde eingehalten. Vor dem Hintergrund der ausreichenden Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie der entspannten Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 Bp)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	5.437	3.895

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am 30.09.2014. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktiliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur Sicherstellung der Liquidität im Tagesverlauf überprüft die Sparkasse im Rahmen der täglichen Disposition der Zahlungseingänge und -ausgänge, ob die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 3,89 und 4,57. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Voraussichtlich ab dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % erfüllt. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigen jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute erfüllt.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätsverrechnungssystems. Ein Institut muss u. a. in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen und in der Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt wird. Die Sparkasse Geseke hat im Jahr 2014 ein "einfaches Kostenverrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) eingeführt.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Risikostrategie und den internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs bestehen umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste. Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gem. Artikel 315 und 316 CRR und beläuft sich zum Berichtsstichtag auf 1,2 Mio. €.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 0,1 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist in der handelsrechtlichen Betrachtung gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2014 im Wesentlichen eingehalten. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 14,33 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Weltweit zeichnet sich in den Industrieländern in den kommenden Monaten eine moderate Ausweitung der Wirtschaftsleistung ab. Zudem setzt sich die Zweiteilung der Konjunktorentwicklung fort: Von der Wirtschaftsentwicklung in den USA und Großbritannien gehen positive Impulse aus; hier führen die Erholung auf den Arbeitsmärkten und die geringeren Schuldenstände des privaten Sektors zu einer deutlichen Ausweitung des privaten Verbrauchs. Demgegenüber ist im Euro-Raum keine Erholung in Sicht; hier lassen die schlechten Geschäftserwartungen und das trübe Investitionsklima einen baldigen Konjunkturaufschwung unrealistisch erscheinen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum dürfte weiterhin nur mäßig expandieren. Darauf deuten die rückläufigen Stimmungsindikatoren hin. Belastend auf die Konjunktur wirken die Konsolidierungsbemühungen des privaten und öffentlichen Sektors. Positive Impulse kommen von den sich allmählich wieder verbessernden Finanzierungsbedingungen. Diese unterstützen die Investitionstätigkeit, zumal der Bedarf an Ersatzinvestitionen wegen der jahrelangen Investitionsschwäche hoch sein dürfte. Zudem sollte der leichte Anstieg der Beschäftigung dem privaten Konsum etwas Auftrieb verleihen. Im kommenden Jahr dürfte sich auch der Außenhandel positiv auf die Konjunktur im Euro-Raum auswirken, da die moderate Belebung des Welthandels und ein geringerer Außenwert des Euro die Exporte stärken. Im Jahr 2015 sollte die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum um 1,0 % ansteigen.

Der konjunkturelle Ausblick für Deutschland ist verhalten. Für das Jahr 2015 erwartet der Sachverständigenrat einen Anstieg des preisbereinigten Inlandsprodukts von 1,0 %. Dabei wird das Wirtschaftswachstum – wie bereits in den beiden Vorjahren – aller Voraussicht nach erneut von der Binnenwirtschaft getragen. Mit einem Zuwachs von 1,5 % sollten die Konsumausgaben der Privathaushalte den größten Wachstumsbeitrag liefern. Die deutschen Exporte werden im kommenden Jahr voraussichtlich mit einer Rate von 3,6 % und damit etwas stärker zu-

legen als in diesem Jahr. Allerdings werden die Importe im Zuge der hohen Binnennachfrage voraussichtlich um 5,1 % und damit stärker als die Exporte zulegen. Vom Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe) wird daher im kommenden Jahr kein Wachstumsbeitrag ausgehen.

Die IHK Arnsberg Hellweg-Sauerland bescheinigt der heimischen Wirtschaft einen positiven Start in das Jahr 2015. Zum Jahresbeginn 2015 stieg der Konjunkturklimatest gegenüber September 2014 um zehn auf 116 Punkte. Die Wirtschaftslage stellt sich branchenübergreifend positiv dar. Uneinheitlich zeigt sich die heimische Wirtschaft jedoch bei den Erwartungen. Steigende Exporterwartungen der Industrie sowie ein erwarteter Anstieg der Auslastung der Baubranche prägen das Bild. Die Krisen besonders in der Ukraine, Russland und dem Nahen Osten trüben das Bild jedoch ebenso wie die Unsicherheiten, die sich aus der Energiewende, dem Mindestlohn und der Rente mit 63 ergeben. Von einem Investitionsboom ist die heimische Wirtschaft weit entfernt.

Nichts desto trotz nahm die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in unserer Region zu. Wir gehen jedoch davon aus, dass größere Investitionen zukünftig nur selektiv vorgenommen werden. Da aufgrund des niedrigen Zinsniveaus eine rege Kreditnachfrage zu verzeichnen ist, erwarten wir für das private Kreditgeschäft eine positive Entwicklung. Wir planen insgesamt mit einem Wachstum von 3,5 %. Dies soll durch eine gezielte Kundenansprache erreicht werden, insbesondere auch von Nichtkunden der Sparkasse.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und hinzugewinnen. Insgesamt erwarten wir somit für 2015 ein Wachstum der Geldvermögensbildung von 2,5 %.

Bei der Durchschnittsbilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg um 2,2 %.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2015 von einer dauerhaften Steigerung unseres Provisionsergebnisses aus. Unser Ziel ist eine Steigerung um 2,5 % mit dem Ziel bis 2019 den Verbandsdurchschnitt zu erreichen.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU weiterhin nicht vollständig stabilisiert hat.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung, dürfte sich das leicht negative Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft daraufhin verringern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2015 sind keine größeren Investitionen geplant. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50 liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt deutlich beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zinsstrukturkurve, die sich aber im Vergleich zu 2014 nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass es im Jahr 2015 zu einer konjunkturellen Seitwärtsbewegung kommen wird. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe erwarten wir derzeit weiter rückläufige Konditionsbei-

träge aus dem Kundengeschäft. Unter Berücksichtigung des geplanten Kreditwachstums rechnen wir mit einem unter dem Vorjahr liegenden Zinsüberschuss auf Basis von Betriebsvergleichszahlen.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem Anstieg um 2,5% in absoluten Zahlen aus. Bezogen auf die Durchschnittsbilanzsumme erwarten wir einen Provisionsüberschuss auf Vorjahresniveau.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden sich nach unseren Planungen auf 1,99 % der Durchschnittsbilanzsumme im Jahr 2015 belaufen. Aufgrund der kalkulierten Tarifabschlüsse wird sich ein Personalaufwand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen von 1,27 % im Jahr 2015 ergeben. Mittels weiterer Anstrengungen im Sachkostenbereich soll die Ausweitung der Kosten begrenzt und der Sachaufwand auf dem aktuellen Niveau gehalten werden. Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2015 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,68 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 276 Mio. EUR.

Infolge der ggf. noch zu erwartenden Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise und den damit verbundenen Kurschwankungen haben wir derzeit ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von rund 0,09 % der Durchschnittsbilanzsumme in unserer Planung berücksichtigt. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Für das Jahr 2015 ist mit einem im Vergleich zum Jahr 2014 negativeren Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft von rund 0,18 % der Durchschnittsbilanzsumme zu rechnen. Damit wird insgesamt von einem über dem Niveau von 2014 liegenden Bewertungsaufwand aufgegangen. In der Unternehmensplanung berücksichtigen wir die erwarteten Verluste aus dem Kreditrisikomodell. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels aktivem Kreditrisikomanagement sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die EAA in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 0,18 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen) können sich weitere Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Sparkasse richtet sich an den in der "Geschäftsstrategie der Sparkassen" des DSGV definierten Zielgrößen (u. a. Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio) aus. Für 2015 erwarten wir gemäß dieser Definition eine bilanzielle Eigenkapitalrentabilität von 3,2 %.

Bei der Cost-Income-Ratio erwarten wir für 2015 mit einem Verhältnis von 74,5 % einen höheren Wert als 2014.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert sein. Der intern festgelegte Mindestkoeffizient in Höhe von 9,2 %, der über dem aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach CRR von 8,0 % liegt, wird mit einem Wert von zurzeit 14,76 % deutlich überschritten. Dies bietet eine hinreichende Grundlage für künftiges qualifiziertes Kreditgeschäft.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2014



der
Land

Sparkasse Geseke
Nordrhein-Westfalen

	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		2.348.712,08		2.874
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		1.824.540,55		1.424
			4.173.252,63	4.297
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		1.962.249,84		1.726
b) andere Forderungen		3.039.142,22		4.040
			5.001.392,06	5.766
4. Forderungen an Kunden			173.351.716,19	167.392
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	90.529.781,90	EUR		(85.928)
Kommunalkredite	5.505.780,09	EUR		(7.784)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		8.798.374,10		9.809
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	7.740.305,61	EUR		(8.750)
bb) von anderen Emittenten		59.120.817,65		63.493
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	48.867.255,85	EUR		(57.685)
			67.919.191,75	73.302
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			67.919.191,75	73.302
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			12.085.436,43	10.298
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			3.897.865,42	3.246
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00	0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			41.799,86	56
darunter:				
Treuhandkredite	41.799,86	EUR		(56)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.443,00		3
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			1.443,00	3
12. Sachanlagen			2.160.544,68	2.374
13. Sonstige Vermögensgegenstände			314.352,21	231
14. Rechnungsabgrenzungsposten			64.584,62	107
Summe der Aktiva			269.011.578,85	267.074

	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		0,00		0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		50.482.879,37		51.200
			50.482.879,37	51.200
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	42.565.978,81			36.531
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	40.186.867,70			49.274
		82.752.846,51		85.805
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	65.473.216,27			60.626
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	40.384.071,54			39.893
		105.857.287,81		100.519
			188.610.134,32	186.325
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			41.799,86	56
darunter:				
Treuhandkredite	41.799,86 EUR			(56)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			170.565,99	833
6. Rechnungsabgrenzungsposten			65.894,90	96
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		4.571.719,00		4.363
b) Steuerrückstellungen		0,00		131
c) andere Rückstellungen		1.175.956,02		915
			5.747.675,02	5.410
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			8.900.000,00	8.500
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	14.653.279,54			14.294
cb) andere Rücklagen	0,00			0
		14.653.279,54		14.294
d) Bilanzgewinn		339.349,85		359
			14.992.629,39	14.653
Summe der Passiva			269.011.578,85	267.074
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		2.354.255,32		1.826
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			2.354.255,32	1.826
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		23.251.655,12		20.250
			23.251.655,12	20.250

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2013 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		7.157.991,14		7.522
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2.750.675,40		3.104
			9.908.666,54	10.625
2. Zinsaufwendungen			3.875.915,48	4.525
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	236.320,60 EUR			(236)
			6.032.751,06	6.100
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		268.942,69		256
b) Beteiligungen		101.567,00		97
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			370.509,69	352
4. Erträge aus Gewinggemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		1.728.594,37		1.616
6. Provisionsaufwendungen		134.141,52		123
			1.594.452,85	1.494
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
darunter: Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00 EUR			(0)
8. Sonstige betriebliche Erträge			76.077,78	58
aus der Fremdwährungsumrechnung	0,00 EUR			(0)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			8.073.791,38	8.005
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		2.663.469,06		2.481
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		1.077.491,61		731
darunter: für Altersversorgung	507.767,84 EUR			(251)
			3.740.960,67	3.212
b) andere Verwaltungsaufwendungen		1.855.443,51		1.737
			5.596.404,18	4.949
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			254.508,45	276
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			217.115,96	181
aus der Fremdwährungsumrechnung	0,00 EUR			(0)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		392.295,26		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		4.994
			392.295,26	4.994
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		306.733,47		365
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			306.733,47	365
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			400.000,00	6.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			906.734,06	1.228
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(0)
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(0)
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		554.402,80		856
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	0,00 EUR			(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		12.981,41		13
			567.384,21	869
25. Jahresüberschuss			339.349,85	359
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			339.349,85	359
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			339.349,85	359
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			339.349,85	359

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden stetig angewendet.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer verteilt. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Kreditgeschäft zugeordnet sind bzw. die dem Geldanlagezweck dienen, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen.

Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanz-

stichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Demnach werden alle Wertpapiere an einem aktiven Markt gehandelt und wurden somit am 31.12.2014 mit dem Börsen- oder Marktpreis bewertet.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Anteilsbesitz

Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Im Jahr 2007 hat die Sparkassenorganisation über eine Zweckgesellschaft die Anteile des Landes Berlin und von Minderheitsaktionären an der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) erworben. Wir haben uns anteilig an dem Erwerb der LBBH mit einer direkten Kapitaleinlage und der Übernahme der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung des Kaufpreises beteiligt. Die Haftung für die zusätzliche Fremdfinanzierung des Kaufpreises wurde bisher in der Bilanz unter den Posten Beteiligungen und Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von jeweils TEUR 607 abgebildet. Im Hinblick auf die angepasste aufsichtsrechtliche Einstufung auf Grundlage der EU-VO Nr. 575/2013 (CRR) haben wir abweichend zum Vorjahr unseren Anteil an der Haftung nicht mehr unter den Sonstigen Verbindlichkeiten sondern als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen und die Beteiligung entsprechend gekürzt.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Verein-

fachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von 5 Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung "Bilanzierung von Software beim Anwender" (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude grundsätzlich linear vorgenommen. Soweit steuerrechtlich höhere degressive Abschreibungssätze zugelassen sind, werden diese angewandt.

Für Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien für Weiterleitungsdarlehen werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und kapitalanteilig auf die Dauer der Festzinsvereinbarung abgegrenzt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Erfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gem. § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt.

Sie werden mit einem einer Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechenden Rechnungszins von 4,66 % abgezinst. Die Abzinsung der übrigen Rückstellungen erfolgt mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz.

Bei den Pensionsrückstellungen wird die Rentendynamik durch künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % bzw. künftige jährliche Erhöhungen in der gesetzlichen Rente von 1,1 % unterstellt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der jeweiligen GuV-Position ausgewiesen.

Bewertung des Zinsbuchs

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Verwaltungskosten, Standard-Risikokosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am 30.09.2014. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände beträgt TEUR 18.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main, als Girozentrale sind in den nebenstehenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	1.811	1.612

Wertpapiere

Aufteilung der in den nebenstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren:

	insgesamt TEUR	börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	67.919	67.919	---
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12.085	3.839	8.246

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2014 (in TEUR)

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2014	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.14	Buchwert 31.12.13
1. Finanzanlagen Beteiligungen	4.572	1.577	618	(307)	1.633	3.898	3.246
2. Immaterielle Anlagewerte	69	---	---	(2)	68	1	3
3. Sachanlagen							
a) Grundstücke und Bauten	6.672	---	747	(115)	4.148	1.777	1.892
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.924	40	1.122	(137)	2.459	383	482

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 1.753 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände entfallen überwiegend auf Steuererstattungsansprüche.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
<u>Aktivseite</u>		
Disagio aus Verbindlichkeiten	31	50
<u>Passivseite</u>		
Disagio aus Forderungen	32	53

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Geseke ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2014 7,5 % (ab 2015 7,75 %). Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen im Jahr 2014 TEUR 188.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2013 hätte die Ausgleichszahlung TEUR 5.042 betragen. Nach § 15a der Satzung der kwv-Zusatzversorgung entspricht dieser dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen. Bei der Ermittlung des Barwerts ist als Rechnungszins eine Verzinsung in Höhe von 2,75 %, höchstens jedoch der in der Deckungsrücktellungsverordnung festgelegte Zinssatz zugrunde zu legen. Dieser betrug im Jahr 2014 1,75 % und beträgt

derzeit 1,25 %. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2014 kann von der kww-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2015 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgenden Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.766	15.592

Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Forderungen an Kunden	57	74

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von				mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2015 fällig
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)			1.000	2.000		
4. Forderungen an Kunden	3.852	18.121	47.028	97.508	6.716	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						16.106
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	477	6.124	10.616	32.937		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	3.424	35.123	1.590	50		
b) andere Verbindlichkeiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.070	3.806	20.781	11.144		

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTICHTAG

Andere Verpflichtungen

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Anderen Verpflichtungen entfallen auf unwiderrufliche Kreditzusagen.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND VERLUSTRECHNUNG

Provisionserträge

Mehr als ein Drittel der Provisionserträge entfällt auf die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge, Immobilien und Investmentzertifikate).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der ausgewiesene Steueraufwand entfällt mit 104 TEUR auf Steuernachzahlungen für Vorjahre infolge einer Außenprüfung gem. § 193ff der Abgabenordnung. Gleichzeitig ergaben sich Steuererstattungen in Höhe von 112 TEUR für Vorjahre aus selbiger Außenprüfung.

E. SONSTIGE ANGABEN

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

Positionen	Erläuterung der Differenz
Aktive latente Steuern	
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB / § 26a KWG a. F.
Beteiligungen	Steuerlich nicht berücksichtigte Abschreibungen
Rückstellungen für Pensionen	Unterschiedliche Parameter
Andere Rückstellungen	Unterschiedliche Parameter und steuerrechtlich nicht berücksichtigte Rückstellungen

Der Berechnung wurde ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,825 % und ein Gewerbesteuersatz von 14,945 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,77 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Veränderung der Vorsorgereserven zurückzuführen.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 4,3 Mio in den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB ansparen; davon wurden im Jahr 2014 TEUR 148 dotiert (Gesamtbetrag zum 31.12.2014: TEUR 753). Nach Ablauf von 7 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 0,2103 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbands haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	102

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstands erhalten ausschließlich feste Bezüge (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %). Erfolgsbezogene Vergütungsbestandteile sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung werden nicht gewährt.

Vorstand	2014		
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage TEUR	Sonstige Vergütung TEUR	Gesamt-Vergütung TEUR
Schniedermeier, Meinolf Vorsitzender	161	5	166
Marx, Bernd Mitglied	135	28	163
Summe	296	33	329

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen die vom Arbeitgeber übernommenen Umlagen zur Zusatzversorgungskasse. Des Weiteren erhält Herr Marx eine Zulage zum Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages haben Herr Schniedermeier und Herr Marx Anspruch auf eine Abfindungszahlung in Höhe eines Jahresgrundbetrags, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Seit dem 01.01.2015 hat Herr Schniedermeier Anspruch auf Ruhegeldzahlungen mit seinem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist. Eine Abfindungszahlung wird nicht mehr gewährt. Der Anspruch beträgt derzeit 40 % der Jahresvergütung.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Im Falle der regulären Beendigung der Tätigkeit hat Herr Schniedermeier Pensionsansprüche in Höhe von 50 % der festen Bezüge.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlung die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung angewendet.

Vorstand	Im Jahr 2014 der Pensions- rückstellung zugeführt TEUR	Barwert der Pensions- ansprüche 31.12.2014 TEUR
Schniedermeier, Meinolf Vorsitzender	78	658

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 219 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2014 TEUR 3.241.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Bilanzprüfungsausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse wird ein Sitzungsgeld von EUR 130,00 je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2014 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	TEUR	Name	TEUR
Holtgrewe, Franz	1,4	Henneken, Robert	1,0
Van der Velden, Dr. Remco	2,2	Menne, Peter	1,4
Kersting, Thomas	1,6	Bigge, Hans-Joachim	1,0
Kleine, Hans-Josef	0,3	Romberg, Dr. Ernst	0,4
Gerling, Wilhelm	0,9	Arens, Alexander	0,3
Thorwesten, Dieter	0,4	Sauermann, Ralf	0,4
Lohn, Werner	0,7	Blömeke, Bernd	0,4
Tebbe, Michael	0,4	Karbstein, Reinhard	0,3
Koch, Christian	0,4	Cordisco, Fabio	0,1
		Insgesamt	13,6

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstandes zum 31.12.2014 Kredite in Höhe von TEUR 119 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 712 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2014	2013
Vollzeitkräfte	36	36
Teilzeit- und Ultimokräfte	29	28
	65	64
Auszubildende	9	9
Insgesamt	74	73

Verwaltungsrat bis 09. September 2014

Franz Holtgrewe
Vorsitzendes Mitglied
Bürgermeister

Dr. Remco van der Velden
1. Stv. d. vors. Mitglieds
Mitarbeiter im Bereich Regulierung
und Strategie in einem
Telekommunikationsunternehmen

Thomas Kersting
Selbständiger Bauingenieur

Wilhelm Gerling
Konstruktions- und
Entwicklungstechniker

Robert Henneken
Technischer Angestellter in einem
Unternehmen der Automobilindustrie i.R.

Dieter Thorwesten
Sparkassenangestellter

Peter Menne
2. Stv. d. vors. Mitglieds
Angestellter Ingenieur im Bereich
Wasserwirtschaft

Hans-Joachim Bigge
Polizeibeamter i. R.

Dr. Ernst Romberg
Kinderarzt i. R.

Ralf Sauermann
Sparkassenangestellter

Verwaltungsrat ab 09. September 2014

Dr. Remco van der Velden
Vorsitzendes Mitglied
Bürgermeister

Thomas Kersting
1. Stv. d. vors. Mitglieds
Selbständiger Bauingenieur

Werner Lohn
Landtagsabgeordneter

Wilhelm Gerling
Konstruktions- und
Entwicklungstechniker

Michael Tebbe
Werksleiter und Prokurist
in einem Unternehmen der
Zementindustrie

Reinhard Karbstein
Sparkassenangestellter

Peter Menne
2. Stv. d. vors. Mitglieds
Angestellter Ingenieur im Bereich
Wasserwirtschaft

Hans-Joachim Bigge
Polizeibeamter i. R.

Bernd Blömeke
Selbstständiger Malermeister

Christian Koch
Sparkassenangestellter

Vorstand

Meinolf Schniedermeier
Vorsitzender

Bernd Marx
Mitglied

Geseke, den 24.04.2015

Der Vorstand

Schniedermeier

Marx

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Geseke für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 15.05.2015

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

- Prüfungsstelle -

Lange
Wirtschaftsprüferin